

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 526.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 7. November 1908.

Druckpreis für Halle u. Sorau 2,50 M., für die Postbezugs 3 M., für das Vierteljahr 10 M., für das Halbjahr 18 M., für das Jahr 32 M. (Postzuschlag 1 M.).
Verlagspreis für Halle u. Sorau 2,50 M., für die Postbezugs 3 M., für das Vierteljahr 10 M., für das Halbjahr 18 M., für das Jahr 32 M. (Postzuschlag 1 M.).
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 2844/08.
Verleger: Dr. Walter Oelsen in Halle a. S.

Anzeigenpreise: 1. 1. Zeilenpreis 20 Pf. für den ersten Tag, 15 Pf. für den zweiten Tag, 10 Pf. für den dritten Tag, 8 Pf. für den vierten Tag, 6 Pf. für den fünften Tag, 5 Pf. für den sechsten Tag, 4 Pf. für den siebten Tag, 3 Pf. für den achten Tag, 2 Pf. für den neunten Tag, 1 Pf. für den zehnten Tag.
Geschäftsstelle in Berlin: Defensionstraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Das entschleierte Bild.

Das Bild ist entschleiert. Das deutsche Volk weiß nunmehr, auf welchen Wegen der Reichsfinanzminister den Reichs- und jährlich 472 Millionen Mehreinnahmen durch Steuern zu erwirken will. Aber die verbündeten Regierungen werden wissen, daß der Reichstag nicht jeden der vorgeschlagenen Wege betreten werde. Wohl sind fünf Bundesrat und Reichstag einig in dem Bewußtsein, daß es klarer Opfer bedarf, um das schleichende Elend der Finanznot für längere Zeit zu beseitigen und zugleich eine stetige Schuldenentlastung einzuleiten. Aber diese Wege führen nach Rom und es ist in den letzten Wochen oft und deutlich genug ausgesprochen worden, daß denen, die schließlich die Fäden zu ziehen haben werden, nicht jedes der vom Reichsfinanzminister entworfenen Gedächtnisse als zweckmäßig und unbedenklich erscheint. So werden die eigentlichen Kämpfe mit dem Reichsfinanzminister erst jetzt richtig beginnen, und es ist nur zu befürchten, daß Erzieher und Reichstag nicht durch kluge Schmeichelei in die Irre geleitet werden. Die Reformen sind in der Tat einmütig ins Sterblichste überleitet. Ein Verlußtuch nach dem andern liegt auf und vor Freude an dem, was hier oder durch seinen Verfall dazu gezwungen war, Interesse zu betätigen, konnte verfallen, wozu jeder einzelne Ballon getrieben wurde. Der Reichsfinanzminister aber hat aus der Tatsache, daß mehrere der von ihm in das Gebiet der Reichsfinanzminister öffentlichem Kritik entwandten Ballons von der Volkstimme ins Meer der Unannehmlichkeit verschlagen wurden, nicht die naheliegenden Konsequenzen gezogen. Gewiß ist richtig, daß Gesetze vom Deutschen Reich nicht vom Bundesrat und Presse gemacht werden, sondern vom Reichstag und Reichstag. Aber Herr Sudow wird sich nicht einreden können, daß seine Steuerpläne im Reichstag ein anderes Echo finden werden als in der Presse, und so wäre es zweifellos angemessen gewesen, wenn er die Vorläufer für die sich nun einmal eine Mehrheit nicht finden läßt, kurz entschlossen durch andere ersetzt hätte. Von seinen Vorläufern haben ja die Oppositionen oft genug erzählt.

Der Reichsfinanzminister wird bald genug erkennen, daß ihm die Verwirklichung seiner Entwürfe lediglich vom Willen in die Hände gegeben ist. Bisher mußte man in allgemeinen nur, welche Steuern Herr Sudows Hand in das Reichsfinanzministerium überreichende Budget geflossen habe, und die Presse konnte in der Hauptsache nur festhalten, was grundsätzlich für oder gegen die einzelnen Entwürfe zu sagen war. Jetzt verfährt sich die Kritik, da sie zugleich auch momentane Einzelheiten erfährt. So hat die Anzeigenblätter schon einmütig Ablehnung erfahren. Sieht man jetzt aber das nähere nach, in welcher Weise die Reichsfinanzminister Millionen ins Meer werfen will, so ist man nicht erstaunt, wie ungeschickt die Sache ausgedacht ist, und man fragt sich vergeblich, wie Herr Sudows Gehirnen diesen letzten Machen durch die Stimme der Reichstagsberatungen in den Höfen retten mochten. Noch bedenklicher liegt es bei der Weinsteuer. Doch man will nicht wissen will, wenn Bier und Branntwein Steuern müssen, flügel ganz nett. Aber man überführt, daß die Produktion von Bier und Branntwein nach Belieben vermindert werden kann, die von Wein aber nicht, und man überführt namentlich, daß die unangenehme Lage der Bürger eine weitere Belastung unter seinen Umständen ertragen kann. So wenn die vorgeschlagene Steuer wenigstens in der Lage wäre, die Weinsteuer zu verdrängen und den Weinbau in einer unangenehmen Notlage befindlichen Wintern zum Halten zu zwingen, ohne ihre Produktion auf dem Wege zum Konsumieren mit dem unerschöpflichen Schatz zu verlieren. Und nun wird die Nachfolgende Schnell fertig nach Herr Sudow mit dem Wort: *conditio sine qua non*. Aber je bestimmter er von der unerschöpflichen Bedingung sprach, um so mehr erforderte der Widerstand gegen diese verderbliche Steuer. Dem Gerede, die Weinsteuer wollen nicht, war schnell der Boden entzogen, denn neben der Landwirtschaft erkannte mit sicherem Blick auch der städtische Mittelstand, welcher Schlag hier gegen ihn geführt werden sollte, und daß riefte eine Partei nach der andern mit deutlichem Mund von der Nachfolgenden ab. Die Konventionen sprachen ein klares Nein, das Zentrum sprach ab, die Nationalliberalen schüttelten den Kopf und nicht freimündige Mütter mühten zugeben, daß sie aus ihrem Reichstagsbeschlüssen mit bestimmter Zurückweisung der Beschlüsse der Reichsfinanzminister auf Kinder und Ehegatten erhalten haben. Wohl haben einzelne freimündige Abgeordnete über Herrn Sudows über diese verderbliche Steuer gesprochen. Aber will Herr Sudow etwa mit der Sandvoll freimündiger Abgeordneter Ehre künden? So hält der Reichsfinanzminister fest und fährt sich nun vom Reichstag wieder ab: So geht das nicht! Herr Sudows Ansicht geht offenbar den Steuern vorzuziehen, deren Ertrag auf rund 500 Millionen veranschlagt werden kann und dem Reichstag für die nächsten fünfzig Jahren die Reichsfinanzminister zu überlassen. Hoffentlich verbindet er mit diesem bequemen Verzicht wenigstens auch ein gutes Maß von Nachsichtigkeit.

Zur Lage.
Dem „Berl. Tagbl.“ wird gemeldet: Die Freimündigen hielten am Mittwoch und Donnerstag Fraktionsversammlungen ab. An beiden Tagen wurde die Frage einer Adresse an den Kaiser beraten. In der Sitzung am Donnerstag wurde der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Gegner führten als Grund an, daß bei der unpopulären Natur des Kaisers nicht abzusehen sei, wie er eine solche Adresse aufnehmen werde. Eine spätere Sitzung wird wahrscheinlich denselben Verlauf nehmen.
Der Vorstand der konservativen Partei veröffentlichte eine Erklärung, in der es mit Bezug auf die letzten Ereignisse heißt:
Trotz der vom Reichsminister formell übernommenen Verantwortung müssen Vorkehrungen getroffen werden, welche eine Wiederholung solcher Mißstände für die Zukunft mit Sicherheit verhindern. Wir sehen mit Sorgen, daß Äußerungen des Kaisers nicht selten dazu beitragen, unsere auswärtige Politik in eine schwierige Lage zu bringen. Wir halten uns zu dem ehrsüchtigen Ausdruck des Wunsch verbunden, daß in solchen Äußerungen zünftiger Zurückhaltung beobachtet werde. Wir wollen dabei gleich mit Entschiedenheit festhalten, daß wir im Interesse der Würde und des Ansehens des Deutschen Reichs eine weitestgehende Beschränkung dieser Äußerungen nicht für gerechtfertigt erachten können. Wir müssen wünschen, auch dem Ausland gegenüber diejenige Ruhe und Entschlossenheit des Volkes zum Ausdruck zu bringen, die für eine politische Notwendigkeit der Selbstbehauptung ist.

Bei Begründung der Interpellationen wegen der „Daily Telegraph“-Angelegenheit am Dienstag werden die Parteien sich zunächst auf eine kurze formulierte Erklärung beschränken und die Antwort des Reichsfinanzministers abwarten. Eine Adresse an den Kaiser hat wenig Aussicht, da die Konservativen nicht zustimmen.
Die wirtschaftliche Vereinigung hat an die Fraktionen des Reichstages folgende Aufforderung gerichtet:
Aus den weitesten Volksteilen und den Feiern verschiedener Parteien drängen sich die letzten Wünsche laut geworden, daß sämtliche bürgerlichen Parteien des Reichstages in einer gemeinsamen Kundgebung zu den Vorgesetzten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, auf die sich die dem Reichstage vorliegenden Interpellationen beziehen, Stellung nehmen möchten. Die wirtschaftliche Vereinigung würde es für zweckmäßig halten, wenn eine solche gemeinsame Kundgebung an den Kaiser und den Bundesrat erfolgte. Sie sieht sich zu diesem Vorhabe verpflichtet, weil sie annimmt, daß eine Verständigung zwischen den größeren Parteien leichter zu erzielen sein wird, wenn die Anregung dazu von einer Fraktion ausgeht, die hierbei für sich eine führende Stellung nicht in Anspruch nimmt.“

Der Reichstagsfraktionserklärte Freitag vormittag mit Staatssekretär Schoen. Die Besprechung im Beisein des Staatssekretärs macht weitere Fortschritte.

Kaiser Wilhelm in Oesterreich.
Wie wir aus Karlsbad erfahren, brachte der zweite Tag der Jagd, der Freitag, ein noch besseres Jagdergebnis als der vorhergehende Donnerstag. Das Wetter ist unerschöpflich ein, das jedoch die Jagd nicht behindert. Kaiser Wilhelm war bei bester Stimmung und wurde vom Erzherzog vom Stand geführt, worauf der erste Trieb auf dem Hirschenboden begann, bei dem Kaiser Wilhelm mehrere Kapitalstücke streckte. Im dritten Trieb, der auf dem Wildbretgrund stattfand, schoß der Kaiser 14 Stück. Nach dem Frühstück wurden noch zwei Triebe arrangiert, worauf Kaiser Wilhelm im Automobil in das Schloß zurückkehrte. Hier wurde der See genommen. Nach dem Frühstück Kaiser Wilhelm und der Erzherzog die Fahrt nach Wien an. Generaladjutant Graf von Hüfen-Schleier, folgte dem Kaiser und Erzherzog in einem Automobil. Das übrige Gefolge reiste mit Hofsonderzug nach Segendorf. Um 6 Uhr 5 Min. trafen Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand im Schönbrunner Schloßhof ein. Der Kaiser, der das Jagdglück trug, flog in den Brünnerappartements ab, wo er das Jagdglück mit der Uniform des Oberinfanteries seines Squares-Regiments Nr. 7 verkaufte. Das in den Straßen angeammelte Publikum bereitete dem Kaiser lebhaftes Ovationen.
Später gehen uns aus Wien nach folgende Nachrichten zu:
Bei der Ankunft Kaiser Wilhelms in Schönbrunn trat die Schloßkammer ins Bewehr; an der Plauen Straße hielt die Reihe der Automobile. Hier erwartete der Oberhofmeister Fürst Montenuovo den deutschen Kaiser und Erzherzog Franz Ferdinand. Auf der Straße kam Kaiser Franz Josef dem Kaiser Wilhelm entgegen. Die Begrüßung der beiden Monarchen erfolgte sich ganz ungewöhnlich herzlich. Sie tauchten Hände aus, umarmten einander und schüttelten einander die Hände. Kaiser Franz Josef geleitete mit dem Erzherzog Franz Ferdinand den kaiserlichen Hof in die Fremdenappartements, die Kaiserin Auguste Viktoria im Mai b. J. während ihres Wiener Aufenthaltes, besetzt hatte. Gegen 7 Uhr abends führten die Fürstlichkeiten vor, die zu der im intimsten Kreis stattfindenden Allerhöchsten Tafel geladen wurden. Die Tafel war im großen Besatzsaal geordnet. Unmittelbar vor Beginn derselben verfügten sich Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand in die Appartements des Kaisers Franz Josef und hielten ihn zur Tafel ab. Die übrigen Gäste folgten. An der Tafel nahmen außer den beiden Majestäten teil: Erzherzog Franz Ferdinand, dann das Gefolge des deutschen Kaisers. Außerdem waren zugegen: Generaldirektor v. Jenich, der seit einigen Tagen in Wien weilte, ferner der kaiserliche deutsche Botschafter in Wien von Tschirsky, Minister des Äußeren Freiherr von Lehrenbach, der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin von Söygen und einige andere. In der Mitte der Tafel saßen die beiden Majestäten. Zur Rechten Kaiser Wilhelms saß Erzherzog Franz Ferdinand, zur Linken Kaiser Franz Josef. An der Tafel herrschte regle Konversation. Um 8 Uhr wurde die Tafel aufgehoben.

Die Majestäten, Erzherzog Franz Ferdinand und die Gäste begaben sich in den Salon inselbst Kaiserin Elisabeth, wo Kaiser Wilhelm eine Viertelstunde Cercle hielt und alle 10 Uhr durch Auftritte ausgeschiedet. Der deutsche Kaiser geleitete dann Kaiser Franz Josef in dessen Appartements und die beiden Monarchen trafen dortselbst eine halbe Stunde in vertraulichem Gespräch allein. — Um 9,9 Uhr holte Kaiser Franz Josef den deutschen Kaiser zur Fahrt zum Bahnhof ab. Die Majestäten führten in geschlossenen Limousinen zum Bahnhof Unterdenkerhof. Die Adresse des deutschen Kaisers erfolgte um 9,05 Uhr nach Donauechingen.

Der Zwischenfall von Coblenza.
Bei der Besprechung, die die maßgebenden Pariser Blätter am gestrigen Tage der Angelegenheit von Coblenza widmen, tritt eine gewisse Veruhigung zu Tage. Der „Figaro“ schreibt:
Wenn es gelungen sollte, der für die Einberufung eines Schiedsgerichts üblichen Einleitungsformel eine verbindliche Fassung zu geben, dann werden die beiden Regierungen sich nicht weigern können, gleichzeitig anzureuern, daß der Zwischenfall von Coblenza in der Tat bedauerlich ist. Alle Zwischenfälle, die den Frieden föhren, sind bedauerlich. Aber die französische Regierung bleibt in Einklang mit der öffentlichen Meinung, wenn die dem Kaiser und Soldaten, die ihre militärische Pflicht erfüllt haben, keine Mißbilligung aussprechen will. Es gibt ein Ehrgefühl, das international ist, und die Berliner Regierung kann den Franzosen eine Preisgabe oder Verhöhnung dieses Ehrgefühls nicht zu mühen. Es gibt aber auch Empfindlichkeiten, die man weder auf deutscher noch auf französischer Seite begreifen kann, und dies bildet die Grundlage für eine Vermittlung. Dieser Aufgabe widmet sich die französische Regierung mit aller Sorgfalt. Wenn auch die deutsche Regierung diesen Standpunkt achtet, dann wird das Einberufen eines Schiedsgerichts, welches das letzte Wort sagen muß.

Wie wir an unternichteter Stelle erfahren, ist von deutscher Seite eine Preisgabe des militärischen Ehrgefühls in keiner Weise verlangt worden.
Die „Münchener Zeitung“ verbreitet sich gestern an leitender Stelle über die deutsch-französische Streitfrage und erklärt zum Schluß ihrer längeren Ausführungen: „Wenn die deutsch-französische Streitfrage nicht nach den Vorschlägen Wilhelms durch ein Schiedsgericht entschieden werden soll, nimmt Deutschland seinen Anstand, die Vernehmung seines Königs einzulassen und darüber das Bedauern auszusprechen. Es ist unverständlich, wie unter solchen Umständen in dem Frankreich gegenüber geltend gemachten Verlangen, für die Eingriffe französischer Organe in deutsche Souveränitätsrechte das Bedauern auszusprechen, eine Demütigung liegen soll. Wir wissen ganz genau, daß man an eine große Nation wie Frankreich keine Forderungen stellt, die mit der Ehre und Würde unvereinbar sind und daß eine solche Forderung in dem deutschen Verlangen nicht liegt, ergibt sich aus besten daraus, daß wir selbst mit dem Ausbruch unserer Bedauern nicht zurückzuführen wollen, nachdem es sich tatsächlich herausgestellt hat, daß auch unter keiner Konvention Verbot begangen hat. Man sollte meinen, daß auf diese Weise und auf dieser Grundlage ein Einberufen erzielt werden müßte, und daß die heute so ersonnene Presse bei einiger Unparteilichkeit nicht anerkennen müßte, daß wir Frankreich nichts anderes anheimen, als wir selbst zu tun bereit sind.“

Wir sind durchaus der Meinung eines französischen Blattes, das die Möglichkeit eines Konfliktes wegen des Zwischenfalles von Coblenza als etwas Ungeheuerliches und Monströses betrachtet, daß es sich bei dieser Möglichkeit keinen Augenblick aufhalten will. Wir glauben, daß der weitaus größte Teil des französischen Volkes ebenso wie wir einer ablehnenden Haltung in der Politik abgeneigt ist und herzlich froh sein wird, wenn es von der ganzen Coblenzafrage erlöst wird. Deshalb glauben wir auch, daß die jetzt erfolgte Befragung der deutschen Vorgesetzten in Frankreich eine ruhiger, gerechterer Beurteilung finden wird, als bisher bei mangelnder Kenntnis der genaueren Vorgänge mitgeteilt ist.

Die Erledigung des Zwischenfalles von Cabablanca hat mit der inneren Krise, die Deutschland durchdringt, nichts zu tun, sondern scheint demgegenüber zu stehen, das ganze Geistesleben der Nation zu befruchten und zu beleben. Das wären Aufgaben, die für alle Welt gefährlich werden könnten. Was wir bei uns verhandeln, ist unsere eigene Angelegenheit, man mag draussen kritisieren und lächeln, wir werden daraus unsere Lehre ziehen, aber im übrigen: hands off!"

Nun angeblich unterdrückte Seite wird Berliner Blätter mitgeteilt, daß die gültige Beilegung des Zwischenfalles von Cabablanca mit Eile zu erwarten sei, wenn bis dahin auch noch mehrere Tage vergehen würden.

Entgegen anders lautenden Meinungen ist noch festzustellen, daß der französische Vorkämpfer in Berlin, Cambon, Berlin nicht verlassen hat.

Deutsches Reich.

Die veränderte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verhandelt am Freitag über die Gehaltsliste der Minister. Da und ab. Klaffe 9a steht für den Oberbürgermeister der Domänenverwaltung, für die Revierförster und Förster und für den Obermeister bei der Revierkontrolle der Industrie- und Handelskammer von 1900. Dasselbe Grundgehalt und dasselbe Gehaltszuschlag, jedoch andere Aufwandsgrößen, haben die Regierungsvorläufer in der Klaffe 9b für die Domänenverwalter, Kellerverwalter für die Domänenverwaltung, für die Solomontreiber, Gelosten und für die Wachhallenmeister und Scherinnen in den Gefängnissen vor. Ein Antrag der Reichsregierung verlangt die Befreiung der Ministerverwalter. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem Vertreter des Finanzministeriums erklärt hatten, daß gerade bei dieser Beamtengruppe am allergeringsten Veranlassung vorliege, über die Regierungsvorläufe hinauszufragen, denn gerade die Oberbürgermeister hätten in den letzten Jahren ganz erhebliche Aufschwünge ihrer Gehälter erfahren. Ein Antrag des Reichstages, der die Aufwandsgrößen für die Förster und Revierförster von 20 auf 21 Jahre verteilte, wurde angenommen. Die Finanzverwaltung hatte sich gegen diesen Antrag erklärt, dagegen hat bereit erklärt, den ihm zugrunde liegenden Gedanken durch eine Beschränkung der Gehaltsberechnung entgegenzusetzen. Die Beschränkung und den National-liberalen gestellten Antrag auf Erhöhung der Gehälter der Solomontreiber wurden zugunsten eines Kompromisses sämtlicher Parteien zurückgegeben. Dieser Kompromiss wurde einstimmig angenommen, wobei die Annahme des Gehaltszuschlags von 10 auf 12 Jahre, Finanzminister Freiherr v. Heinemann den den finanziellen Einbruch dieses Antrages auf 1333 000 Mark an. Eisenbahnmittler Reichardt erklärte, daß 70 Proz. sämtlicher Solomontreiber des Gehaltszuschlag erreichen, und zwar in einem Durchschnittsalter von 47 Jahren. Ein Vertreter des Eisenbahnministeriums teilte noch mit, daß gütigste Verhältnisse werden, um das System der Prämien für Materialparaffin anders als bisher zu gestalten. — Der gesamte finanzielle Effekt aller dieser von der Kommission über die Sätze der Regierungsvorläufe hinausgehenden Gehaltsänderungen beläuft sich auf 1 000 000 Mark.

Sur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Reichstagsabgeordneten Moring und Wassermann haben einen Antrag eingebracht, der Reichstag solle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst einen Weltvertrag abzuschließen, der eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose bezweckt. In dem Antrag wird die bisher von der Kaiserliche nach nicht ausreichende Bekämpfung dieser gefährlichen Krankheit, insbesondere die Verschleppung weiterer Gehilfen und durch geliebte Maßnahmen, welche die Desinfektion verdorbener Wohnungen sicherstellen.

Der General der Infanterie z. D. Karl von Suga, geboren am 20. November 1845 in Göttingen, ist Freitag früh in einer Berliner Privatklinik gestorben. Er war zuletzt Generalinspektor des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens. Er wandte sich über die Generalkommission des Abgeordnetenhauses an den Reichstag, um die Verleihung der Feuerbeihilfe und über die Stellungnahme der Kaiserlichen Hofverwaltung folgende Bemerkungen anzubringen: Die in der Presse veröffentlichte Nachricht, daß die abweichende Haltung des Generalkommissionärs auf den Entschluß der Kaiserlichen Hofverwaltung sei, ist eine Unterstellung, die jeder positiven Grundlegung entbehrt. Die Kaiserliche Hofverwaltung hat die Feuerbeihilfe genehmigt, noch in dieser Angelegenheit irgendwelche Wünsche ausgesprochen. Ebenso unrichtig sind alle Redereien, die von einer abweichenden Haltung oder zurückhaltender Haltung des Reichstages die Rede ist. Die Kaiserliche Hofverwaltung hat in dieser Angelegenheit, für den der Oberbefehlshaber zuständig ist, zu bestehen. Eine gesetzliche Regelung der Feuerbeihilfe in Preußen steht unmittelbar bevor und dürfte der betreffende Gesetzgeber in dieser Angelegenheit das Bestreben der Reichstagsmitglieder nicht entgegen sein. Die Kaiserliche Hofverwaltung in Preußen nicht entgegen ist, wird der Oberbefehlshaber keine Stellung zu dieser Frage nehmen.

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung vom 6. November, 1 Uhr.
Am Bundesratspräsidenten Dr. Rieberding, Bielefeld.
Ein folgender Antrag wegen Einstellung eines gegen den Abg. Dr. v. Chlodwig (Klaffe 9a) gerichteten Strafverfahrens wird ohne Erörterung angenommen.

Das antisemitische Verfahren.
Die Resolution über die Reform des antisemitischen Verfahrens haben weiter zur ersten Lesung.

Abg. Dr. Giese (kon.): Die Mehrheit meiner Fraktion sieht in den Resolutionen einen erheblichen Fortschritt und will das Erwidern nicht, da ich gerade eine umfassende Reform der Zivilprozessordnung nicht erreichen will. Die Mehrheit meiner Freunde aber behauptet das häufige Verändern der Zivilprozessordnung und verweist auf die Erweiterung der antisemitischen Zuständigkeit. Haben Sie Vertrauen zum deutschen Antisemiten. Dieser wird das Vertrauen an rechtfertigen wissen. (Beifall.)
Abg. Dr. v. Winter (kon.): Die Resolutionen sind nach dem Inhalt dadurch entstanden, daß antisemitische Verfahren nicht rückgängig reformiert wurde. Die Erweiterung der antisemitischen Zuständigkeit ist nicht unbedenklich. Das Richterpersonal sollte erheblich vermindert werden. Die Zahl der Richter hat nicht in demselben Umfang zugenommen wie die Bevölkerung. Mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Winter (kon.): Gewiß haben auch meine Freunde 1905 eine Reform der Zivilprozessordnung gewünscht. Aber damit haben wir uns nicht auf eine Erhöhung der antisemitischen Zuständigkeit eingelassen. Die öffentliche Kritik hat für die Vorlage vermindert. Wie es ein durch und durch unparteiischer Richterhand erhalten. Wir müssen hinsichtlich der Verordnungen die höchsten Anforderungen gestellt werden und das persönliche Verfahren muß aufs sorgfältigste geprüft werden. Die Vorlage ist in vielen Punkten anfechtbar und berückensfähig. Ein einzelnes Amtchen wird die Bestände sein in der Kommissionsberatung. Die Bestände sind die Bestände der Kommissionsberatung. Auf dem Weg des Beschäftigten lieber nicht vertreten ließ.

In der Frage der Zuständigkeitsverteilung gehen unsere Meinungen auseinander. Rieberding behauptet, das Antisemitische habe sich generell nicht geändert. Die Frage ist nur, ob ein gutes Verfahren durch ein besseres ersetzt werden kann. Warum will man dem Landgericht vorenthalten, was man dem Amtsgericht gibt? Mit der Annahme dieser Vorlage veränderten wir den Weg zu einer umfassenden Reform der Zivilprozessordnung.

Rechtsfähige Zivilistische Befreiung. Ich kam mich nach der gefürchten Rede des Staatssekretärs mehr auf Einzelheiten beschränken. Wie Neben war darin einig, daß unter Zivilprozessverfahren der Befreiung bedürfte. Das Verfahren ist zu langsam und unwirtschaftlich. Wie soll gelöst werden? Ein vollen Umfang kann, eine Revision noch nicht gegeben werden. Warum schlagen wir noch keine umfassende Reform der Zivilprozessordnung vor. Beim Einklagerecht kann aber schon jetzt ein Versuch gemacht werden. Die Beschränkung der Vorrede werden in der Kommission eingehende Prüfung erfahren. Besser wäre gewesen, man hätte die Kompetenz der Amtsgerichte schon 1879 erhöht. Das Schiedsgericht der Rechtsprechung liegt im Amtsgericht. Das Bestreben aller Umstände läuft darauf hinaus, das Antisemitentum nach Möglichkeit zu beschränken. Nehmen Sie das Gesetz an, so werden die Einsprüche von den Oberlandesgerichten zurückgewiesen. Die Vernehmung der Anwälte bei den Amtsgerichten wird die Anwälte bei den Landgerichten werden unterstellt werden. Das praktische Bedürfnis fordert diesen Entwurf. Seine Annahme wird die historische Entwicklung unserer Rechtsprechung ein gutes Stück vorwärts bringen. (Beifall.)

Abg. Dr. Winter (kon.): Die Vorlage ist gerichtet auf den Gehalt der Einkommensteuer. Die Verbilligung des Verfahrens besteht darin, daß dem Publikum jährlich 4 Millionen mehr abgenommen werden. Den Antisemitismus haben wir noch nicht vertrieben. Die Arbeiterklasse sollten von Richter nicht mehr zurückgewiesen werden dürfen. Eine mögliche Erhöhung der Einkommensteuer würden wir gutheißen. Früher wurde uns niemand nach. Heute gibt es ganz andere Dinge, die uns niemand nach macht. (Sehr laut bei dem Satz.) Man will hier nur sparen. Antisemiten sind eben billiger als Landbesitzer.

Abg. Dr. Winter (kon.): Die Vorlage ist besser als die bisherige. Sie bietet einen unangenehm gerichtlichen. Durch die Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte wird das Einkommen vieler Anwälte in kleinen Städten vermindert, was auch zu begrüßen ist.

Abg. Graf Weimar (kon.): Die Vorlage freilich freilich gerichtet auf den Gehalt der Einkommensteuer. Die Verbilligung des Verfahrens besteht darin, daß dem Publikum jährlich 4 Millionen mehr abgenommen werden. Den Antisemitismus haben wir noch nicht vertrieben. Die Arbeiterklasse sollten von Richter nicht mehr zurückgewiesen werden dürfen. Eine mögliche Erhöhung der Einkommensteuer würden wir gutheißen. Früher wurde uns niemand nach. Heute gibt es ganz andere Dinge, die uns niemand nach macht. (Sehr laut bei dem Satz.) Man will hier nur sparen. Antisemiten sind eben billiger als Landbesitzer.

Abg. Dr. Winter (kon.): Die Vorlage ist besser als die bisherige. Sie bietet einen unangenehm gerichtlichen. Durch die Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte wird das Einkommen vieler Anwälte in kleinen Städten vermindert, was auch zu begrüßen ist.

Abg. Dr. Winter (kon.): Die Vorlage ist besser als die bisherige. Sie bietet einen unangenehm gerichtlichen. Durch die Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte wird das Einkommen vieler Anwälte in kleinen Städten vermindert, was auch zu begrüßen ist.

Die Regierung schlägt. Die Vorlage geht an eine Kommission am 11. Uhr: Beifall.

Die Interpellationen über die Mitteilungen des Reichs Telegraphen werden am Dienstag beantwortet.
Schluß: 6 Uhr.

Ausland.

Zur Lage auf dem Balkan.

Von jugendlicher Seite wird aus Cetinje die Nachricht verbreitet, daß der montenegrinische General Nikolic, der die Befehle für die in Agrani kritische Besetzung erhalten habe, am 5. d. dem österreichisch-ungarischen Befehlshaber eine österreichische Ordensauszeichnung mit einem Briefe zurückstellte. Das Konstantinopeler Auswärtigenverpflichtete eine Depesche aus Saloniki, wonach nahe der bulgarischen Grenze dreißig Personen beim Gefallen von bulgarischen Soldaten verurteilt worden sind. Von den Verurteilten ist einer gestorben. Beide Staaten haben die Unterdrückung eingeleitet.

Gesandtschaft des Kabinetts. Die Wiener „Neue freie Presse" meldet: Da die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Freiherrn von Beck mit den Parteien über die Rekonstruktion des Kabinetts ergebnislos verlaufen sind, wird Ministerpräsident Freiherr von Beck heute, Sonnabend, die Gesandtschaft seines Ministeriums überreichen. Mit der Neubildung des Kabinetts soll der bisherige Minister des Innern Baron von Bienenfeld betraut werden.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. „New-York Tribune" meldet aus Washington, das neue Zollgesetz werde am 1. Juli 1909 in Kraft treten. Die Regierung, der Kongreß und Laß seien sich darin einig, daß die Revision des Gesetzes möglichst bald zur Verhandlung gelangen solle.

Eine Rede Taft's. In einer Rede, die der künftige Präsident der amerikanischen Union, Taft, im kaufmännischen Klub von Cincinnati hielt, führte er aus, daß jeder Geschäftsmann, der den Gebieten des Landes gehöre, mit aller Energie seinen Geschäften nachgehen und daß jedes Unternehmen sich innerhalb der bestehenden Vorschriften entwickeln könne, ohne eine Einschränkung der Regierung zu fürchten zu müssen. Alle Geschäftsmenschen, die unter die Rechtsprechung der Bundesregierung fallen, müßten jedoch eine strenge Anwendung der Gesetze gegen unredliche Geschäftsmethoden erwarten. Gegen alle diejenigen, die die Gesetze verletzen, werde unmissverständlich vorgegangen werden.

Die Luftschiffahrt.

Aussicht des Kronprinzen am 3. 1. Am heutigen Sonnabend soll, wenn die Witterung günstig ist, der Kronprinz von Friedrichshafen aus an einem Ausflug im „Zeppelin 1" teilnehmen. — Hierzu wird es später noch aus Friedrichshafen gemeldet: Zu den bevorstehenden Ausflügen sind verschiedene bekannte Persönlichkeiten hier eingetroffen, die Graf Zeppelin Freitag abend als Gäste bei sich hat, darunter Professor Hergesell, Kapitän Carl Lang, der frühere, und Generalleutnant v. Rieber, der derzeitige Vorkämpfer des Luftschiffens. Der Kronprinz trifft heute, Sonnabend, früh um 6 Uhr ein und bleibt voraussichtlich bis zum Sonntag abend. Die Wetterlage ist für die geplante Fahrt bis jetzt nicht ungünstig.

Schießversuche auf Ballons. Auf dem Übungsplatz der Luftschiffereiabteilung in Zeitz wurden Freitag morgen von einer

Kompagnie Gardeflieger interessante Schießversuche auf Ballons gemacht. Die Ballons, die von 50 bis zu 300 Metern Höhe emporgehoben wurden, waren mit flammenderen Schießpulver versehen, genau wie es durch die flammenden Luftschiffe. Es ergab sich einem Sportler zufolge, daß die Ballons bis zu 200 Meter hoch ziemlich brennfrei war. Die Ballons sollen von jetzt ab mehrmals wöchentlich wiederholt werden.

Probefahrten des Militärluftschiffes. Der Luftballon führte am Donnerstag zwei Fahrten aus, die erste um 3 Uhr, die zweite um 4 1/2 Uhr, beide vom Tegeler Schießplatz aus. Bald nach 5 Uhr wurde das Luftschiff von den Verdunnschiffen wieder nach der Halle zurückgeführt.

Drei italienische Luftschiffe. Aus Rom wird berichtet: Die jüngsten Erfolge des italienischen Militärluftschiffes haben die italienische Regierung veranlaßt, die sofortige Anfertigung von drei weiteren Luftschiffen anzuordnen. Sie werden eine Größe von 3000 Kubikmetern haben, das eine wird in Rom, die beiden anderen in Oberitalien stationiert werden. Der Minister hat mit dem Chef der Luftschiffereiabteilung konferiert, es heißt, es handle sich um den Plan einer größeren Anzahl von Luftschiffen, bei dem die Dirigeable mit der Flotte zusammenwirken soll.

Die französische Luftschiffahrt. Die kürzlich in der französischen Deputiertenkammer zur Förderung der Luftschiffahrt und Flugtechnik gebildete Kommission, welche bereits über 30 Mitglieder angehört, hat sich gestern konstituiert und beschloßen, mit der Luftschiffahrt in Verbindung zu treten.

Nach Maß und Fern.

Über die jüngsten Erhebungen.
Liedlinburg, 6. Nov. Heute früh 5 1/2 Uhr wurde ein Erbeben in Liedlinburg verspürt, das sich von Osten nach Westen bewegte.

Versturz, 6. Nov. Heute morgen wurde aus hier ein großer Sturz gemeldet. Gleichzeitige Erhebungen waren in Potsdam, Bismarck, Gens, Jülich, A. Adolphsdorf, Lantzenburg, a. S. Gera und Weiskirchen.

Todesfall, 6. Nov. Heute früh 5 Uhr 30 Minuten wurde in Dresden und Umgebung ein Erbeben nach Osten verlaufend der Größe wahrgenommen.

Versturz, 6. Nov. Heute früh 3 Uhr 40 Minuten ist hier ein Erbeben verspürt worden.

Zum Brande in der Pariser Telephonzentrale. In der französischen Deputiertenkammer wurden am Freitag die Interpellationen betreffend den Brand der Telephonzentrale in der Rue Gutenberg verhandelt, wobei der Verwaltung der Zentrale gemacht wurden, weil die nötigen Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen waren. Minister Reuillon erklärte, daß er die Mängel im Sicherheitsdienst anerkenne. Gegen die Schuldigen werde disziplinarisch vorgegangen. Die Arbeiten zur Wiederherstellung des Betriebes würden übrigens von der Verwaltung auf das eifrigste betrieben, so daß die Störung bald sich, den vollen Betrieb gegen Mitte Dezember wieder aufzunehmen.

Die Rettungsschiffahrt. Die deutsche Schiffschiffahrt zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 6. November von dem hier getriebenen deutschen Dampfer „Admiral" Kapitän Müller, mit Schifftant von Berlin bestimmt, drei Personen durch den Rettungsapparat der Station gerettet.

Zweihundert Menschen ertrunken. Ein kleiner Dampfer, der mit sechshundert Passagieren von Amoy nach Tsingtau unterwegs war, ist gesunken. Hierbei ertranken zweihundert Passagiere, 100 wurden gerettet.

Ein Konflikt um 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Aus New York wird uns gemeldet: Morse, der Bankier der Dampfmaschinen-Promoter, der am 16. Februar d. V. verhaftet wurde, wurde des Mißbrauchs von Fonds und falscher Eintragungen für schuldig gefunden und am Freitag zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

W. Aus der Baumwollindustrie. Nach einer Meldung aus Manchester sind die Lohnstreitigkeiten zwischen den Baumwollwebereibehältern und den Arbeitern, die beinahe mehrere Monate dauerten und in Manchester große Not verursachten, am heutigen Freitag beigelegt worden. Die Spinnereien eröffnen am Montag ihren Betrieb wieder.

Sein Auswand der Eisenbahn. Wie uns aus Paris gemeldet wird, hat die Citibankdirektion gefaßt beschlossen, die angelegentlichste Maßregelung eines Lokomotivführers in mildere Töne auszusprechen, so daß namentlich keine Hoffnung besteht, daß der von dem Syndikat der Eisenbahnbedienten angebotene Stand vermindert werden wird.

Der Schluß der beiden Cullinan-Diamanten, über die ich bereits wiederholt berichtet, ist nunmehr vollendet. Die Verarbeitungen der Steine ist nunmehr gelungen. Anfolge der vollkommenen Verarbeiten werden beide Steine — der große Stein, Cullinan Nr. 1, ist in vieren Teilen, der kleinere, Cullinan Nr. 2, in neun eines unteren Teilchen gefaßt — einen herrlichen Glanz. Bei der Ablieferung der Cullinans werden sechs kleinere Brillanten aus Brillanten zu gleicher Zeit verfertigt werden. Die Königin von England hat die Steine — die beiden auf der Weltgrößtenteils feiner Gemacht wiederzugeben. Auch König Edward wird, wie bereits angekündigt, seine Cullinan zu Weihnachten erhalten.

Letzte Telegramme.

Zur Reichsfinanzreform.
Berlin, 7. Nov. Der Verband nationaler Vereine Berlins hielt gestern Abend eine Versammlung in der „Bühnenharmonie", bei deren Gegenstand die nationale Bedeutung der Reichsfinanzreform war. Unter den Erklärenden befanden sich Unterstaatssekretär Tulew und Ministerialdirektor Kühn vom Reichsschatzamt, viele Professoren der Berliner Universität und Parlamentarier. Der Verbandsvorsitzende, Generalleutnant v. Siemens, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, worauf Vorträge der Professoren Wagner, Kahl und Lamrecht folgten.

Der Ausbruch des Bundesrats.
Berlin, 7. Nov. Der Tag des Zusammentritts des Bundesrates des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten ist noch nicht bestimmt. Die zukünftigen einseitigen Minister werden dazu selbst hierher kommen.

Bühnisch-Tein, 6. Nov. Aus dem Zwelzengesamt von Schönfeld sind Zwelzen im Betrage von 30 000 Kronen entwendet worden.

Lesben, 7. Nov. „Evening News" sind ermächtigt, die Meldung des „Gaulois", König Eduard habe beim Fall Deolafes gelacht. Wir hoffen, in Frankreich ein Scherz zu finden, doch es war nur ein Scherz, für Erwähnung zu erklären.

Athen, 6. Nov. Der Vullah hat den Ministerium angegriffen. Dreißig 10 000 Mann wurden notwendig diesem Kampfes getötet, eine sehr große Zahl von Skandalen und eine Menge Munition erbeutet.

